(Zweites Blatt).

# Thorner Zeitung.

Nr. 97 — Sonnabend, den 26. April — 1902

## Neue Nachrichten.

**Koburg**, 24. Apr. Die Stadtverordneten beschlossen die Erbauung eines Elektrizitätswerkes und einer elektrischen Straßenbahn. Die Kosten betragen 800,000 M. Nach dem Vertrage bleibt die Firma Körting 20 Jahre Unternehmerin, die Stadt besitzt aber das Recht, vor Ablauf dieses Zeitraumes das Unternehmen anzukaufen.

**Hamburg**, 24. Apr. Dem Schnelldampfer „Deutschland“, der kürzlich Prinz Heinrich über den Ocean trug, brach von New York nach Hamburg unterwegs, bei Scilly das Steuerruder. Er mußte Plymouth anlaufen. Er hatte 161 Passagiere, 550 Postsäcke und 296 Silberbarren an Bord.

**Leitmeritz**, 24. Apr. Bei einem Neubau stürzte ein Gerüst zusammen. 13 Arbeiter wurden verschüttet; 3 sind tötlich verletzt.

**Sarstedt**, 24. Apr. Die Unterschlagungen der Spar- und Darlehnskasse betragen 238,000 M. Der Stadtkämmerer Tischbein ist verhaftet.

**New York**, 24. Apr. Im Westen der Vereinigten Staaten, der im vorigen Jahr so furchtbar unter der Hitze zu leiden hatte, fängt der Sommer wieder böse an. In Falls City, im Staate Texas, wurden bereits 100 Grade Fahrenheit (+ 37° C) registrirt.

## Preußischer Landtag.

### Abgeordnetenhaus.

67. Sitzung vom 24. April, 11 Uhr.

Bei der Handels- und Gewerbe-Verwaltung spricht

**Abg. Gamp** (frk.) sich gegen die ungünstige Zusammensetzung der Handelskammern aus und regt ferner an, zu den Stellen der Aichinspektoren auch Offiziere zuzulassen.

**Minister Möller**: Es besteht keine prinzipielle Abneigung, Offiziere zu diesen Posten zuzulassen. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die wirtschaftlichen Vereine in mancher Beziehung besser unterrichtet sind als Handelskammern. Ich werde daher Handelskammern und industrielle Vereine hören.

**Abg. Metzner** (Ctr.) bemängelt die Grundsätze, nach denen bei der Veranlagung der Handwerker zu den Beiträgen für die Gewerbekammern verfahren werde.

**Abg. Savigny** (Ctr.) befürwortet die Entsendung von Handwerkern und Arbeitern zur Düsseldorfer Ausstellung unter staatlicher Beihilfe.

**Minister Möller** weist darauf hin, daß im Etat im Dispositionsfonds Mittel für diesen Zweck zur Verfügung stehen, auch werde er für die Ermäßigung der Fahrpreiseeintreten.

**Abg. Goldschmidt** (Frs. Vpt.) dankt dem Minister für diese Mitteilung. Dem Abg. Metzner möchte ich bemerken, daß Handwerker aus dem Grunde lieber Fabrikbesitzer werden, weil sie nicht in die Zwangsinnung hinein wollen. Trotz aller Deklarationen in der Gewerbeordnung giebt es keine bestimmte Grenze zwischen Handwerks- und Fabrikbetrieb. Die Herren auf der Rechten befinden sich in einem großen Irrtum, wenn sie meinen, daß von Zwangsinnungen, Handwerkskammern u. s. w. die Blüte des Handwerks abhängig sei. Dem Handwerk ist mit diesen Bestrebungen nicht zu helfen. Wenn der Handwerker nicht leistungsfähig ist, so wird er nicht vorwärts kommen. Es ist doch auch gleichgiltig, ob jemand Handwerker oder Fabrikant ist, die Hauptsache ist, daß er ein tüchtiges Mitglied der menschlichen Gesellschaft ist.

Etat des Ministeriums des Innern.

**Abg. Dr. Hirsch** (Frs. Vpt.): Es hat sich herausgestellt, daß nach altem Kurs die preußische Regierung, insbesondere das Ministerium des Innern, fort und fort gegen die Rechte der Arbeiter Front macht. Beweise hierfür hat auch die Gesellschaft für soziale Reform in mehrfachen Veröffentlichungen vorgeführt. Nicht blos die Sozialdemokraten, sondern auch alle anderen Richtungen der Arbeiterbewegung, die deutschen Gewerkvereine Hirsch-Duncker werden davon betroffen. Während die Frauen im Cirkus Busch beim Bund der Landwirte recht bequeme Plätze angewiesen erhalten, werden den Arbeiterfrauen die größten Hindernisse in den Weg gelegt, wenn sie sich zur Abhilfe ihrer traurigen Lage zusammentun wollen. In Köln wurde ein Frauengewerkverein gegründet, aber sofort polizeilich aufgelöst, weil das Statut völlig falsch verstanden war. Solche und ähnliche Vorkommnisse rechtfertigen den Ausspruch eines Blattes der Arbeiterorganisation, daß durch solche Maßregeln die Arbeiter immer mehr von Staat und Gesellschaft abgewendet werden.

**Minister Frhr. v. Hammerstein**: Ich bin sehr gern bereit, den Spielraum für Versammlungen und Vereine möglichst weit zu ziehen. Ich habe in diesem Sinne eine Verfügung an sämtliche Regierungen erlassen. Die Einzelfälle sind mir total unbekannt. Der Minister bittet, ihm 14 Tage vor der dritten Lesung Nachricht zu geben.

Heute Abend: Fortsetzung. Schluß 2 3/4 Uhr.

## Gemeindevertreter-Sitzung.

Mocker, 24. Apr.

Anwesend sind unter Vorsitz des Gem.-Vorst. Falkenberg 17, später 18 Mitglieder des Vorstandes und der Vertretung. Kurz nach 3 Uhr wird die Sitzung eröffnet.

**Für Erbauung des Gas- und Wasserwerks** schlägt der Vorstand vor, das Land des Herrn Götz zu erwerben, das 26 Morgen groß ist. Es soll ihm dafür 14 000 M. geboten werden. Herr Götz verlangt aber 560 M. pro Morgen, einen Preis, den der Vorstand für viel zu hoch hält. Unter diesen Umständen soll ganz von dem Ankauf des Terrains abgesehen werden. Gem.-Vertr. **Born** empfiehlt zum Ankauf ein Terrain am Kosakenberg, der Firma Toporski und Felsch gehörig. Mancherlei Vorteile biete dieses. Einmal sei es höher gelegen als jenes. 2.) Die Bohrungen, die versuchsweise vorgenommen, haben günstigere Resultate erzielt; der Wasserstand sei 7 1/2 m, am Eichberg nur 4—5 m. 3.) Ein Abschluß für die Gewässer sei vorhanden. 4.) Sollten die Wasserbohrungen nicht befriedigen, dann könne das Wasser vom nahe gelegenen Gemeindeland entnommen werden. 5.) Die Bahnverbindung sei zwar nicht günstig, aber für die Anfuhr der paar Hundert Ctr. Kohlen sei eine Verlängerung des Geleis zu schaffen. Er bitte deshalb, auch dies Terrain einer Okular-Inspektion zu unterziehen und das Projekt im Auge zu behalten. Er sei im übrigen gegen das Götz'sche Land nur aus ökonomischen Rücksichten. Gem.-Vertr. **Brosius** schließt sich dem Vorredner an und giebt zur Erwägung, daß außerdem die Baulandgesellschaft, in der Nähe der Bahn gelegenes Terrain gewiß gerne an die Kommune abtreten werde. (Zuruf: Aber nicht zu billigem Preise!) Nun, der Preis, den Götz fordere, sei doch ein ungeheurer. Gem.-Vertr. **Längner** fragt, ob es sicher sei, daß die Bahn ein Geleise hinlegen werde. Er erinnere an Ostrowo, wo die Genehmigung lange Jahre sich verzögert habe und dann nur um ca. 40 000 M. Ob gar eine Weiche gestattet werde, erscheine fraglich. Der Kosakenberg habe gegen den Eichberg den Nachteil, daß er weiter entfernt liege. Es sei auch fraglich, ob der Militärfiskus die Verlängerung des Stranges zugebe. (Zuruf: Macht er sicher!) Gem.-Vertr. **Rapke** tritt für Legung einer Kleinbahn ein. Gem.-Vertr. **Längner** widerspricht dem: durch Umladung der Kohlen würde sich der Betrieb erheblich verteuern. Gem.-Vorst. **Falkenberg** stellt es als sicher hin, daß der Fiskus die Anlegung einer Weiche gestatten werde. Das Götz'sche Terrain sei von Sachverständigen als vorzüglich geeignet erachtet worden. Zudem komme noch dazu, daß die Eichbergstraße vom Fiskus unterhalten werde, was mitspreche für Ausführung des Projekts an dieser Stelle. Der Preis für das Flugsand-Land sei allerdings ein hoher. Beharre G. auf 560 M. pro Morgen, so müsse man ihn freilig fallen lassen. Gem.-Vertr. **Born** macht auf das Kostspielige der Weichenlegung aufmerksam, wärend man bei Bevorzugung des Kosakenberges für den Transport der ca. 8000 Ctr. Kohlen nur den Strang zu verlängern habe. Nicht vergessen solle man auch, daß die Hafenanlage auch noch in petto sei für Mocker, dazu müsse so wie so ein Geleise von der Bahn gelegt werden. Alles in allem, die Ausführung des Kosakenberg-Projekt stelle sich billiger. Gem.-Vorst. **Falkenberg** weist darauf hin, daß man die Schlachthausanlage auch gleich im Auge behalten müsse, und tritt entschieden für ein normalspuriges Geleise ein. Gem.-Vertr. **Walter** ist für den Kosakenberg aus geschäftlichen Rücksichten. Gem.-Vertr. **Rapke** läßt sich als Fachmann, über die Wasserverhältnisse aus und erklärt, der Schlachthof komme doch erst in dem Falle in Betracht, wenn die russische Grenze für Schweine-Einfuhr geöffnet sei. Man könne schon jetzt darauf Rücksicht nehmen, brauche aber die Geleis-Anlagen noch nicht dem entspechend auszuführen. Gem.-Vertr. **Wartmann** ist für Vertagung, um das neu vorgeschlagene Terrain besichtigen zu können. — Nunmehr wird über den Vorstandsantrag: das Goetz'sche Terrain zum Preise von 14000 Mk. zu erstehen, für den Fall aber, daß G. sich ablehnend verhalte, solle man an Toporski und Felsch herantreten, von denen 30 Morgen à 250 Mk. zu haben, abgestimmt. Dafür sind 11, dagegen 6 Gem.-Vertr. Der Antrag ist somit angenommen.

**Zum Armenvorsteher** anstelle des Herrn Pansegrau, der sein Amt niedergelegt, wird Restaurateur Repitz gewählt.

**Der Erlaß eines Ortsstatuts** zur Heranziehung der Gewerbetreibenden zur Gewerbesteuer, die ein Einkommen von weniger als 1500 Mk. oder ein Betriebskapital von etwas mehr als 3000 Mk. besitzen, wird gefordert. Gem.-Vorst. **Falkenberg** legt dar, daß zum Ausgleich der Steuerverhältnisse diese Einrichtung angebracht sei, und macht auf die Stadt Osterfeld aufmerksam, in der ein solches Ortsstatut von der Regierung genehmigt sei; man stehe sich sehr gut dabei. Gem.-Vertr. **Walter** erklärt sich gegen die Vorlage, da durch solche Steuer die Unzufriedenheit in Mocker noch immer größer werde. Gem.-Vertr. **Längner** fragt: Ob die Sache überhaupt lohnend sein werde? Ob überhaupt so viele Gewerbetreibende vorhanden seien, daß die Vorlage gerechtfertigt erscheine? Ob man nicht wegen der paar Hundert Mark viel böses Blut machen werde? Ob eine solche Einrichtung überhaupt von der Behörde genehmigt werde? Im Princip sei er Gegner der Gewerbesteuer überhaupt. Redner weißt darauf hin, daß ein Gewerbetreibender weit mehr Steuer zu zahlen habe als ein pecuniär gleich gestellter Beamter, z. B. Lehrer. Gem.-Vorst. **Falkenberg** bringt die Gewerbesteuerordnung zur Verlesung, mahnt dann, daß Mocker's Financen eine solche Regelung gebieterisch bedinge, auch wenn der kleine Mann belastet werde, und legt dar: die Steuerverträge werden ergiebig sein. Gem.-Vertr. **Brosius** erklärt: Der Vorstand, in dem er sitze, meine, es gehe nicht anders. Sein Bedenken sei nur die Fixirung des Steuersatzes. Die IV. Klasse fange mit 4 Mk. an und höre mit 36 auf, die III. beginne mit 42 Mk. Es könne der höchst Besteuerteste der V. Klasse nicht höher herangezogen werden als der niedrigste in der IV. Der Satz 4, 6, 10, wie er vorgesehen, sei entschieden zu hoch. Die Einrichtung der V. Klasse erscheine angemessen, um die Drückeberger zu fassen. Es gebe z. B. viele Höcker, die nicht zahlen. Gem.-Vertr. **Längner** sieht nicht ein, warum man das Mindesteinkommen von 1500 Mk. und das Betriebskapital von 3000 Mk. zusammen berücksichtigen wolle. Die Gewerbesteuer sei nun einmal verhaßt. Daher sehe er nicht ein, warum man in Mocker staatlicher als der Fiskus sein wolle. Dem Vorredner gegenüber wolle er betonen, daß der von ihm angezogene Unterschied zwischen IV. und V. Klasse sehr wohl möglich sein könne. Gem.-Vertr. **Falkenberg** meint, die Regierung werde die Einrichtung wohl genehmigen. Gem.-Vertr. **Brosius** schlägt einen Satz von 2, 4, 6 vor. — Gegen die neue Steuerordnung erklären sich bei der Abstimmung 6 Stimmen. Für das Amendement Brosius (2, 4, 6 statt 3, 6, 10 Mk.) erklären sich 16, 1 (Gem.-Vertr. Walter) dagegen. Gem.-Vorst. **Falkenberg** erklärt noch: Ob die genehmigte Vorlage nicht noch eine Controverse mit der Regierung herbeiführen werde, sei fraglich; immerhin sei es interessant, daß eventl. die Angelegenheit zur Entscheidung kommen werde.

**Der neue Kirchhof** soll mit neuen Anpflanzungen versehen werden. Die Friedhofs-Kommission hat eine entsprechende Eingabe an den Vorstand gemacht; dieser will die Mittel bewilligen, es jedoch der Vertretung überlassen, die Höhe der Summe vorzuschlagen. Gem.-Vertr. **Born** glaubt, daß zum Pflanzen jetzt die Jahreszeit schon zu weit vorgeschritten sei. Die Fachleute in der Versammlung mögen sich einmal darüber äußern. Im übrigen sei er für Vertagung der Vorlage bis zum Herbst. Gem.-Vertr. **Guderian** spricht sich ebenso aus. (Vorsteher ruft: „Ich will nur erst die Gelder bewilligt haben!“ Heiterkeit.) Gem.-Vertr. **Walter** stellt den Dringlichkeitsantrag, dann auch gleich den alten Friedhof mitzuberücksichtigen, und führt aus, daß die sog. Pietäts-Gründe: man könne doch nicht den Toten auf den Köpfen herumspozieren etc., völlig hinfällig seien; viele Erbbegräbnisse kommen ja überhaupt nicht in Betracht. — Auf Ersuchen des Vorstehers werden verschiedene Vorschläge gemacht, wie die Anpflanzung ausgeführt werden solle. Aller Meinung geht dahin: Das Wäldchen vor dem Friedhof soll erhalten bleiben, auf diesem selber Bäume und Sträucher gepflanzt und Wege angelegt werden zur Erholung für Kranke. Gem.-Vertr. **Ennulat** schlägt eine Summe von 200 M. vor. (Zuruf: Das genügt ja kaum für 10 qm!) Gem.-Vertr. **Brosius** schließt sich dem Vorredner an. Gem.-Vertr. **Walter**: Dort wachse außer der Kiefer nichts (Zuruf: na, na!) Es müsse Humus hingefahren werden, sonst werden die Sträucher wieder eingehen. Gem.-Vertr. **Guderian**: Freilich guter Boden sei nötig, aber Akazie und ähnliches Baumwerk verlange nicht viel. Gem.-Vertr. **Falkenberg** schlägt eine Summe von 400 M. vor, bittet um freiwilliges Anfahren von Boden und beantragt Schluß der Debatte. Gem.-Vertr. **Brosius** bezweifelt, daß der Boden dort so schlecht sei, daß nichts wachsen werde. Gem.-Vertr. **Walter**: Was wohl unter den hohen Kiefern, die alles beschatten, fortgehen solle? Ob man noch mehr Kiefern, die dort allein gedeihen, pflanzen wolle? — Jetzt tritt Schluß der Debatte ein. Der Antrag: 400 M. für die Ausführung zum Herbst zu bewilligen, geht mit 11 gegen 7 Stimmen durch. Der Dringlichkeitsantrag Walter, das von ihm angeregte Projekt zur Durchberatung auf die T. O. zu setzen, wird abgelehnt. (Ein Dringlichkeitsantrag muß satzungsgemäß einstimmig genehmigt werden wenn er in Kraft treten soll.)

**Die Geschäftsräume** im sog. Amtshause sind derartig mißliche, daß auf Antrag des Vorstandes, eine grundsätzliche Aenderung vorgenommen werden muß. Der Verkehr mit dem Publikum, setzt Vorst. **Falkenberg** auseinander, sei ungemein schwierig; ein Beamter sitze fast auf dem andern; das führe zu Unzuträglichkeiten; es müsse Abhilfe geschaffen werden. Er könne von seiner Amtswohnung (4 Zimmern) unmöglich etwas missen. Der Vorstand möchte nun das Amt in die unteren Räume verlegen. Zu diesem Zwecke solle der Kastellan ausgemietet werden. Eine Wohnung, gegen Mietsentschädigung von 150 M., werde sich leicht finden lassen. Gem.-Vertr. **Walter** fürchtet für die Sicherheit des Gebäudes, wenn der Kastellan nicht mehr drin wohne. Es könne vorkommen, daß das Amtshaus verlassen daliege: der Vorsteher sei doch öfters auch nachts nicht zu Hause. (Große Heiterkeit.) Gem.-Vorst. **Falkenberg** giebt eine beruhigende Versicherung: der Amtsvorsteher habe zugesagt, Nacht für Nacht dort einen Polizisten zu stationieren. — Die Abstimmung ergiebt die einmütige Annahme der Vorlage.

**Zwecks Bekanntmachung amtlicher Mitteilungen** soll eine Summe bereit gestellt werden, um damit die Inserate in den drei Thorner Zeitungen begleichen zu können. Gem.-Vertr. **Falkenberg**: Er ziehe diesen Antrag zurück. Ein Thorner Zeitungsverleger sei an ihn herangetreten, für Mocker eine eigne Zeitung, die den Namen „Mocker“ am Kopfe führe, herauszugeben. Das erscheine ihm vorteilhaft. . . . . — Der Vorsteher wird hier unterbrochen, da aus der Mitte der Versammlung der Antrag gestellt wird, die Vorlage mit Ausschluß der Oeffentlichkeit zu beraten. Das Verlangen findet gehörige Unterstützung. Um 4 1/2 Uhr tritt Schluß der öffentl. Sitzung ein.

## Rechtspflege.

† **Ein renitenter Schützenbruder.** Gelegentlich einer geselligen Vereinigung der Schützenbrüder in Meseritz waren gegen die beiden abwesenden Aeltesten verletzende Aeußerungen gefallen, die den Vorstand veranlaßten, auf grund der Satzungen Ordnungsstrafen festzusetzen. Der am härtesten bestrafte Tischlermeister M. verweigerte die Zahlung worauf sein Ausschluß erfolgte. Das Amtsgericht kam zu einer Abweisung der Klage und auch das Landgericht, das mit Rücksicht auf das Schützenfest die Extrahirung einer einstweiligen Verfügung ablehnte, beließ es beim Ausschlusse. Sowohl das Oberlandesgericht zu Posen, wie auch das Reichsgericht zu Leipzig bestätigten die ergangenen Vorentscheidungen.

† **Ein sauberer Preßvertreter.** Vor dem Landgericht in Weimar hatte sich der Schriftsteller Josef Stieb zu verantworten. Er hat einem Landgerichtsrat einen Brief gesandt, worin er unter Androhung einer Preßveröffentlichung diesen zu bewegen suchte, einem Rechtsanwalt nachträglich eine Rüge zu erteilen, weil er in einem Beleidigungsprozeß Stieb schwer beleidigt habe. Ferner hatte er an die Strafkammer in Weimar ein Schreiben gesandt, um diese zu bewegen, unter Androhung einer ungünstigen Kritik in der Presse, einen Beschluß der Strafkammer aufzuheben. Einen an den „Berichterstatter“ Stieb gerichteten Brief hat er dem Staatsanwalt Naumburg zurückgesandt, mit dem Bemerken, daß er sich die Absprechung und Aberkennung von Titeln verbitte, in seiner Wohnung gebe es keinen Berichterstatter, ebenso, wie es im Bureau des Staatsanwalts keinen Aktenschreiber oder Denunziantenschreiber Naumburg gebe. Seine Adresse sei Josef Stieb und damit punktum. Ein Rechtsanwalt bekundet als Zeuge, daß Stieb 1894 oder 1895 ihn um ein Darlehn von 10 Mk. ersucht habe mit dem Hinweise, daß er als Preßvertreter ihm auch Gefälligkeiten erweisen könne. Das Geld habe er niemals wiederbekommen. Später habe ihm Stieb einen Blankowechsel zugeschickt und ihn im Begleitschreiben um ein Darlehn gebeten unter dem Hinweise, daß er ihn in Preßbesprechungen hervorheben könne. Ein Hofkapellmeister bekundete, daß sich Stieb verschiedentlich Geld zu verschaffen suchte, indem er günstige Rezensionen in Aussicht stellte und gleichzeitig um ein Darlehn nachsuchte. Einem Stadtrat hat Stieb eines Tages einen Brief geschrieben, er habe einen anonymen Brief erhalten, in welchem dem Stadtrat verschiedene anrüchige Handlungen nachgesagt werden; der Verfasser habe um die Veröffentlichung gebeten und auch 5 Mk. beigelegt. Da dem Stadtrat daran lag — so erklärte er als Zeuge — den Verfasser zu entlarven, bot er Stieb 100 Mk. für den Originalbrief. Er erhielt den Brief und zahlte 100 Mk., doch stellte sich später heraus, daß es nur eine Abschrift war. Stieb suchte sich damit heraus zu reden, daß er als Ehrenmann den Brief mit den 5 Mk. habe zurückgeben müssen. Der Gerichtshof verurteilte Stieb zu einer Gesamtstrafe von 5 Monaten Gefängnis.

# Der Mordprozeß Krosigk.

Am 7. Verhandlungstag (Donnerstag) wird zunächst Oberst v. Winterfeld vernommen. Im allgemeinen sei er mit Marten zufrieden gewesen, doch gelte dieser als ein leicht erregbarer Mensch. Auch 2 Stunden vor dem Morde sei M. von ihm getadelt worden. Der Rittmeister hatte den Verdacht, daß das wiederholte Schießen auf seine Wohnung von der Familie Marten ausgegangen sei. Der Rittmeister sagte mir einmal, er sei mit dem Unteroffizier Marten zufrieden, er komme ihm aber unheimlich vor, so daß er den Wunsch habe, den Menschen möglichst bald loszuwerden. Aus diesem Grunde wurde auch Marten auf die Telegraphenschule geschickt. Der Oberst sagt dann, daß er gleich nach dem Morde gegen Marten Verdacht hatte. Leiter: Halten Sie ihn auch heute noch für den Täter? Zeuge: Das läßt sich schwer sagen. Angekl. Marten: Ich bin als Knabe einmal gefallen und behielt Nervenzuckungen im Gesicht zurück und bekam deswegen den sog. kleinen Veitstanz. Das verlor sich dann allmälig und stellte sich beim Reiten wieder ein. Ich möchte noch bemerken: Als ich im dritten Jahre diente, bat mich der Herr Rittmeister v. Krosigk, ich möchte kapituliren. Das ist doch merkwürdig, daß er eine solche Bitte aussprach, wenn ich ihm unheimlich erschienen bin. Wie kommt es da, daß er mich so schnell zum Unteroffizier gemacht und abkommandirt hat? — Unter-Roßarzt Paat bekundtet: Er habe kurz vor dem Mord einen Mann getroffen. Ob der Mann eine Civilperson oder eine Militärperson war, könne er nicht sagen. — Es werden dann Zeugen vernommen betreffs der Aeußerung Martens, der oder der müsse heute noch Farbe bekennen, oder der Hund müsse heute noch rot sehen oder Blut sehen. In welchem Zusammenhange Marten dies gesagt hat und wer dies erzählt hat, wissen die Zeugen nicht. — Gefreiter Stumbries: Am Abend, nachdem der Mord geschehen war, traf ich Marten auf dem 2. Korridor. Er hatte eine Schirmmütze auf und einen Mantel an. Ich sagte: Der Rittmeister soll sich erschossen haben. Da nahm mich Marten am Arm und sagte lachenden Gesichts: Mensch, Du bist wohl verrückt. Leiter: Wie war das Lachen? Es war so, als wunderte er sich. — Militärgerichtsschreiber Hoffmann schließt sich im Wesentlichen den Aussagen den Kriegsgerichtsrat Lüdicke an: Baranowski habe einen sehr wahrheitsgemäßen Eindruck gemacht. Arbeiterfrau Eckert erzählt: Am 21. Januar 1901 gegen 5 Uhr nachmittags sei sie mit ihrem 10jährigen Sohne die Dragonerstraße entlang gekommen. Da habe sie plötzlich einen Schuß gehört und gleich darauf drei Männer in Civilanzügen aus dem Kasernentor laufen sehen. Ihr Sohn habe sie auf die Männer aufmerksam gemacht. — Militär-Oberbäcker Rimmasch bekundet, daß ihm heute früh der Mann dieser Zeugin deren Wahrnehmung erzählt habe. Auf Antrag des Vorsitzenden wird beschlossen, mit der Zeugin Eckert eine Lokalbesichtigung vorzunehmen und zu diesem Zwecke den Sohn der Zeugin herbeizuholen. — Der Leiter teilt darauf mit, es sei soeben das Protokoll der Vernehmung des Hausdieners Hintz von der Schöneberger Polizeibehörde eingetroffen. Danach hat Hintz ausgesagt, er sei zur Zeit des Mordes überhaupt nicht in Gumbinnen gewesen und wisse von gar nichts. Er habe am vergangenen Sonntag eine Bierreise gemacht und im betrunkenen Zustande die Aeußerungen getan, die vollständig erfunden seien. — Inzwischen verbreitet sich im Saale die Nachricht, im Vorzimmer sei ein Mann, der den Mörder kenne. Der Leiter ladet den Mann vor. Es ist ein Mann Namens Bergmann. Dieser bekundet: Der Händler Heinrich Holder in Szuszkehnen habe vor Zeugen erklärt, er habe den Rittmeister erschossen. Marten und Hickel seien vollständig unschuldig. Auf seine, des Zeugen Bemerkung, er solle doch nicht so laut reden, da er doch alsdann wegen Mordes bestraft werden könne, sagte Holder: Das ist ja gleichgiltig, mehr wie den Kopf kann es ja nicht kosten. Der Zeuge überreicht eine große Liste von Personen, die die Aeußerung des Holder mit angehört haben. Der Vertreter der Anklage bemerkt, daß er auf die Ladung des Holder verzichte. Wenn man diesen Mann laden wolle, dann müßte man schließlich auch allen anonymen Briefschreibern Beachtung schenken. Die Angeklagten bemerken, daß sie die Ladung des Holder wünschen. Verteidiger Rechtsanwalt Horn: War Holder Soldat? Zeuge: Jawohl, er war Artillerist. Verteidiger: Dann beantrage ich jedenfalls die Ladung des Holder. Der Vorsitzende bemerkt, daß er ebenfalls die Ladung des Holder beantrage, da man einmal eine greifbare Person habe, die man wegen groben Unfugs bestrafen könne. Ein im Saale als Zuhörer anwesender Mann, namens Ziegler, bemerkt, er kenne Holder schon seit vielen Jahren, er sei ein großer Spaßvogel. Nach kurzer Beratung beschließt der Gerichtshof, den Holder für morgen als Zeuge zu laden. Dragoner Bartuleit bekundet, er habe am 21. Januar nachmittags 4 1/4 Uhr Marten auf dem ersten Korridor getroffen. Leiter: Marten behauptet, daß er garnicht auf der Seite gewesen ist, auf der der Karabiner stand, der zum Mord benutzt wurde. Zeuge: Ich irre mich nicht. Nachdem noch der kleine Sohn der Arbeiterfrau Eckert ebenso ausgesagt hat, wie seine Mutter und noch mehrere Dragoner vernommen worden sind, tritt um 2 1/4 Uhr eine Pause bis 5 Uhr ein.

## Gemeinde-, Schul- und Kirchenwesen.

00 **Neue Reformgymnasien.** Das Stadtverordnetenkollegium von Düsseldorf stimmte der Errichtung eines städtischen Reformrealgymnasiums zu, das bereits Ostern 1903 ins Leben tritt. Für die nächsten Jahre ist weiterhin der Bau eines staatlichen Reformgymnasiums geplant.

00 **Die Zulassung von Mädchen** zum Besuche des Karlsgymnasiums in Stuttgart hat das württembergische Kultusministerium entgegen einem Beschlusse des Gemeinderates nicht genehmigt.

## Lustige Ecke.

**Selbsterkenntnis.** „Werden Sie mein Konzert besuchen, gnädige Frau?" „„Nein, ich bedauere sehr, ich bin in Trauer."" „Na, glauben Sie vielleicht, daß mein Konzert ein Vergnügen ist?"

**Kasernenhof-Botanik.** Unteroffizier zum schlecht rasierten Rekruten): „Kerl, Du bist ja die reine Cakteensammlung!"

**Zärtlich.** Mann: „Ich möchte lieber in der Wüste leben, als mit Dir zusammen." Frau: „Da gehörst Du auch hin, Du „Kameel"!

**Casernenhofbotanik.** Unterofficier (zum schlecht rasierten Rekruten): „Kerl, Du bist ja die reine Cactäensammlung!"

**Na ja!** Malerin: „Nun, Herr Leutnant, haben Sie nicht auch Liebe zur Kunst?" „Oh, Gnädigste, unsereins hat mehr Kunst zum Lieben!"

## Vermischtes.

—* **Ein prächtiges Meteor** wurde am Sonntag Abend in Stettin und Lauenburg i. P. beobachtet. Es flog von Nordwest nach Nordost in glänzendem blauen Schein etwa 30 Grad über dem Horizont und zerplatzte in kleine, hell leuchtende und dann schnell verschwindende Teile.

—* **Ein schwerer Automobil-Unfall** ereignete sich Sonntag bei Trebnitz in Schlesien. Das dem Rittergutsbesitzer v. Walther-Croneck gehörige Automobil stürzte während der Fahrt in Folge Versagens der Hemme in den Chausseegraben und überschlug. 2 Insassen wurden herausgeschleudert und erheblich verletzt, während der Führer tot unter dem Wagen hervorgezogen wurde. Radfahrer fanden die Verletzten und leisteten ihnen die erste Hilfe. Der Wagen ist total zertrümmert.

## Handelsnachrichten.

### Amtliche Notirungen der Danziger Börse

Danzig, den 24. April 1902.

Für Getreide, Hülsenfrüchte und Oelsaaten werden außer dem notirten Preise 2 M. per Tonne sogenannte Factorei-Provision usancemäßig vom Käufer an den Verkäufer vergütet.

Erbsen per Tonne von 1000 Kilogr.
weiß 125 Mk.
Wicken per Tonne 1000 von Kilogr.
inländ. 124—126 Mk.
Hafer per Tonne von 1000 Kilogr
inländischer 152—156 Mk.
Kleesaat per 100 Kilogr.
roth 76—83 Mk.
Kleie per 50 Kilogr. Weizen- 4,50—5,05 Mk.
Roggen 5,15 Mk.
Rohzucker. Tendenz: schwach. Rendement 88° Transitpreis franco Neufahrwasser 6,00 Mk. incl. Sackbe

Der Börsen-Vorstand.

### Amtl. Bericht der Bromberger Handelskammer.

Bromberg, 24. April 1902.

Weizen 174—179 Mk., abfallende blauspitzige Qualität unter Notiz, feinste über Notiz.
Roggen, gesunde Qualität 148—153 Mk.
Gerste nach Qualität 120—125 Mk.
gut Brauwaare 126—130 Mk.
Futtererbsen 135—145 Mk.
Kocherbsen nom. 180—185 Mark.
Hafer 140—145 Mk., feinster über Notiz.

Der Vorstand der Productenbörse.

## 206. Königl. Preuß. Klassenlotterie.

4. Klasse. 11. Ziehungstag, 24 April 1902. Vormittag.

Nur die Gewinne über 232 Mk. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr. A. St.-A. f. Z.)

[illegible]

58 (500) 774 927 30 **112**019 35 358 524 919 36 **113**088 139 41 44 45 235 316 85 463 522 945 **114**299 (500) 349 (1000) 432 616 883 (500) 998 **115**009 145 264 745 882 980 82 **116**014 65 66 103 5 24 299 368 **117**134 74 387 428 (1000) 93 907 95 **118**030 72 181 (1000) 244 316 46 526 753 **119**145 273 75 310 692 776 876 98 970

**120**178 302 (500) 45 746 809 (500) **121**196 259

[illegible]

## 206. Königl. Preuß. Klassenlotterie.

4. Klasse. 11. Ziehungstag, 24. April 1902. Nachmittag.

Nur die Gewinne über 232 Mk. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr. A.-St.-A. f. Z.)

169 269 (500) 416 33 (1000) 61 548 (500) 778 **1**060 249 429 21 83 596 765 (500) 852 72 **2**051 108 34 214

[illegible]

258 360 415 536 66 604 7 94 781 809 958 **114**060 (500) 62 702 15 40 394 539 67 636 818 933 **115**088 189 209 21 421 67 591 852 **116**456 666 761 **117**023 214 59 510 604 31 (1000) 66 76 797 877 90 908 75 **118**094 131 63 253 (500) 362 565 88 672 749 882 993 (500) **119**005 331 35 84 99 859 912

**120**109 31 214 224 (500) 423 (500) 70 604 707 85 817 60 **121**061 82 189 95 402 525 608 52 62 768 836 53 913 **122**102 638 834 (1000) 88 **123**108 13 339 694

[illegible]

95 **216**092 434 534 605 936 40 **217**046 450 84 726 866 940 **218**079 99 157 98 229 808 446 58 **(3000)** 681 900 44 **219**200 622 71 722 920 77 (1000)

**220**084 303 (1000) 494 703 56 821 24 60 911 88 **221**020 126 33 37 70 314 405 62 71 549 734 47 888 (500) 74 85 973 **222**[illegible] 19 463 515 600 781 928 71 **223**100 22 55 232 37 518 87 (500) 688 869 **224**211 343 (500) 82 488 665 86 732 813 973

Im Gewinnrade verblieben: 1 Gew. à 500000 Mk., 2 à 75000 Mk., 2 à 50000 Mk., 6 à 30000 Mk., 9 à 15000 Mk., 19 à 10000 Mk., 29 à 5000 Mk., 526 à 3000 Mk., 680 à 1000 Mk., 1322 à 500 Mk.

Druck und Verlag der Ratsbuchdruckerei Ernst Lambeck, für die Redaktion verantwortlich: Curt Losch; beide in Thorn.